

"Ursula Plassnik: Wir werden eine gemeinsame Choreographie erkunden" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (29. Dezember 2005)

Legende: Am 29. Dezember 2005, vor der Übernahme des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union durch Österreich, gibt die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik der deutschen Tageszeitung Frankfurter Allgemeine Zeitung ein Interview, in dem sie die aktuelle Lage der Europäischen Union kommentiert und die Herausforderungen des österreichischen Vorsitzes aufzählt.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 29.12.2005. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"ursula_plassnik_wir_werden_eine_gemeinsame_choreographie_erkunden"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_29_dezember_2005-de-9ad25afe-7c5b-4cd6-9ed0-ebed9b43e0bd.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

“Wir werden eine gemeinsame Choreographie erkunden“

Die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik über die Wiener Ratspräsidentschaft, den EU-Haushalt, die Rolle Merkels und den Verfassungsvertrag

Das Gespräch führten Klaus-Dieter Frankenberger und Reinhard Olt.

Frau Minister, ist Ihnen neulich beim Brüsseler Gipfel, am frühen Samstagmorgen, ein Stein vom Herzen gefallen?

Ja, weil Europa jetzt eine Einigung über die Finanzen brauchte.

Unbedingt jetzt? Wäre es katastrophal gewesen, wenn es in Brüssel keine Einigung gegeben hätte?

Ich will nicht darüber spekulieren, was gewesen wäre, wenn. Aber es war jetzt jedenfalls besser. Aus einer Reihe von Gründen. Die Union zeigt damit, daß sie handelt, entscheidet und den Ausgleich schaffen kann zwischen Sparsamkeit und Solidarität nicht zuletzt mit den neuen Mitgliedstaaten. Damit ist nun Planungssicherheit gegeben. Und auch inhaltlich ist jetzt eine neue Offenheit in Richtung Zukunft des europäischen Budgets geschaffen worden. Das ist ein wichtiger Punkt. Natürlich wird für die österreichische EU-Präsidentschaft, die in wenigen Tagen beginnt, die Umsetzung der Finanzvereinbarung noch schwierig genug, aber als Ausgangslage ist es allemal besser, daß wir eine Grundeinigung haben. Wir hätten als kleines Land enorm viel Energie aufbringen müssen, um eine Einigung über die Finanzen zu erzielen. Was hätte beispielsweise die Briten unter unserer oder unter der uns nachfolgenden finnischen Präsidentschaft zu größerer Flexibilität bewegen können?

Wien ist als Nettozahler also zufrieden mit dem Erreichten? Es gibt auch bei Ihnen viel Kritik, zumal 2008 die Agrarpolitik grundsätzlich überprüft werden soll

Ja, es stimmt: Es ist nicht leicht, als Nettozahler den Ausgleich zwischen österreichischen und europäischen Interessen zu finden. Wir haben hart verhandelt und unter den gegebenen Umständen ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt. Es war unrealistisch, zu glauben, am Ende könnten 25 Nettoempfänger vom Tisch gehen. Das war mathematisch und politisch unmöglich. Österreich ist gut positioniert in der EU, wir stehen im europäischen Vergleich unbestreitbar erfolgreich da. Einige Dinge waren für uns besonders wichtig: etwa zehn Milliarden mehr für Forschung und Entwicklung, weitere Mittel für die ländliche Entwicklung. Österreich hat hier überzeugende Ergebnisse vorzuweisen: mit der Biolandwirtschaft, dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit, der Katastrophenvorsorge.

Gab es eine Hauptfigur in Brüssel, die diesen Kompromiß ermöglicht hat?

Eindeutig ja: Angela Merkel. Das ist auch von allen Seiten anerkannt worden. Es war faszinierend, zu sehen, wie sie still, aber mit der allergrößten Selbstverständlichkeit darangeht, die Sache in die Hand zu nehmen und die Arbeit zu tun. Sie hat das mit der Freude eines Menschen an Komplexität getan, der Komplexität nicht ausweicht, sondern sie als Ansporn nimmt. 25 Verhandlungspositionen zur Deckung zu bringen ist sehr, sehr schwer; es ist wie bei einem Uhrwerk: Wenn man nur ein Zähnchen oder gar ein Rädchen verstellt, dann sind damit riesige Folgewirkungen verbunden. Angela Merkel hat den Eindruck vermittelt, und zwar allen, Großen und Kleinen, um den Tisch herum, daß sie sich sehr bemüht, eine Lösung herbeizuführen. Und das ist ihr auch gelungen.

Erleben wir die Wiederkehr der alten deutschen Rolle des Ausgleichens? Die wurde früher Kohl zugesprochen

Ich habe diesen Vergleich auch gehört, glaube aber nicht, daß man den Qualitäten der Bundeskanzlerin Merkel allein dadurch gerecht wird, daß sie in diese historischen Zusammenhänge gestellt wird. Sie hat einen ganz eigenen Stil, eine unaufgeregte Entschlossenheit, ein hohes Bewußtsein für modernes partnerschaftliches Verhalten, das mit Menschlichkeit und Humor gepaart ist.

Wie hat demgegenüber der Ratspräsident Blair agiert?

Blair war in einer extrem schwierigen Position. Im Vergleich dazu war Frau Merkels Lage weniger dramatisch. Aber es war dennoch beeindruckend, mit wieviel Verantwortungsbewußtsein sie sich des Themas angenommen hat.

Das hieß: nicht nur zwischen Blair und Chirac zu vermitteln...

... nein...

...und auch nicht nur am Ende den Polen noch mal 100 Millionen Euro als Vorweihnachtsgabe zukommen zu lassen

Nein, Angela Merkel hat substantielle, strategische Verhandlungsarbeit geleistet. Sie hat mit 1,045 Prozent (der EU-Wirtschaftsleistung als Haushaltsvolumen) eine Globalzahl vorgeschlagen, und das ist es dann auch geworden. Übrigens war Angela Merkels Detailkenntnis bei den Verhandlungen an diesem Paket sehr beeindruckend.

Blair hatte im Sommer das Ziel verkündet, eine grundsätzliche Änderung der Haushaltsprioritäten und der Struktur zu erreichen. Ist der Einstieg erreicht, oder ist Blair damit gescheitert?

Man muß da realistisch sein. Die Grundstruktur eines Budgets von 25 Staaten für 27 Staaten zu verändern ist unglaublich schwierig. Man hätte da an verschiedenen Stellen sehr viel früher anfangen müssen. Das ist nicht geschehen. Ausgehend vom Luxemburger Vorschlag im Juni, ist die Öffnung, diese Dynamisierung in wichtigen Themen geschafft. Das ist ein folgenreicher Schritt, dessen waren sich alle bewußt. Und ganz wesentlich ist die faire Beteiligung Großbritanniens an den Kosten der Erweiterung.

Hat es Sie überrascht, daß Blair angesichts der innenpolitischen Hysterie in diesem Punkt noch mal Konzessionen beim Briten-Rabatt gemacht hat? Und reicht das überhaupt?

Ausreichend war es in dem Sinn, daß wir eine Einigung erzielen konnten. Das war für den britischen Premierminister Blair ein überaus schwieriger Schritt. Andererseits wurde dadurch die Vorstellung von Blair als einem überzeugten britischen Europäer untermauert.

Da Sie nun den Finanzstreit aus dem Kreuz haben: Wo wird der österreichische EU-Vorsitz seine Schwerpunkte setzen?

Zunächst werden wir uns der Umsetzung der Finanzeinigung widmen. Wir brauchen die sogenannte interinstitutionelle Vereinbarung; das Europäische Parlament ist sehr kritisch gegenüber den Ergebnissen des Gipfels, und hier wird Arbeit zu leisten sein. Wir müssen dem Parlament klarmachen, worum es in dieser extremen Verhandlungslage gegangen ist. Dazu kommen rund 40 Umsetzungsverordnungen, um den Finanzrahmen in sektorale Programme gießen zu können. Wir werden uns aber auch wieder mit den großen Fragen der Europäischen Union beschäftigen: nach den Grenzen, dem Ziel, nach unserer Antwort auf die Globalisierung. Diese Fragen werden nach der Finanzeinigung wieder viel deutlicher im öffentlichen Bewußtsein stehen. Damit steigen die Erwartungen an die österreichische Präsidentschaft.

Werden Sie die Debatte fortsetzen, welches das richtige Modell ist, um in der globalisierten Welt bestehen zu können? Bringt uns diese Diskussion über Modelle eigentlich weiter?

Die Diskussion hilft vielleicht in dem Sinne, daß sie Standpunkte deutlicher macht. In der Praxis bin ich überzeugt davon, daß das europäische Modell ein ganz spezielles ist. Es kann eigentlich nur ein Mix sein von verschiedenen Komponenten.

Was heißt europäisches Modell?

Das europäische Lebensmodell besteht aus einer Reihe von miteinander in Einklang zu bringenden Elementen; sie sind am besten wiedergegeben in den Zielen des Verfassungsvertrages: in der Förderung des Friedens, in der gemeinsamen Wertebasis, der wettbewerbsfähigen Wirtschaft, einer hohen sozialen Sicherheit, der Solidarität zwischen den Generationen und Mitgliedstaaten, der Nachhaltigkeit, in der Vielfalt, die das europäische Lebensgefühl und den europäischen Lebensstil kennzeichnen. Es geht dabei um die praktische Ausformung der Antwort auf die Frage: Wie wollen wir leben? Was wollen wir von diesem Europa, und was soll es leisten, was tragen wir bei? In diesem Sinn werden wir an den konkreten Themen arbeiten, ob das jetzt die Dienstleistungsrichtlinie oder die Chemikalienrichtlinie ist. Letzteres ist übrigens ein gutes Beispiel, wie Umweltschutz, Gesundheit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander in eine Balance gebracht werden können.

Für manche ist gerade die Dienstleistungsrichtlinie ein riesiges rotes Tuch

Gerade hier bewegen wir uns auf die erforderliche Balance zu: auf der einen Seite der Wettbewerbsschub durch die grenzüberschreitende Dienstleistungsmöglichkeit, auf der anderen Seite die Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping. Zwischen diesen Polen spielt sich die Wirklichkeit ab.

Sie wollen in den kommenden sechs Monaten um mehr Vertrauen in "Europa" werben und mehr Akzeptanz erreichen. Wie wollen Sie das machen? Alle Europäer in Ihr schönes Land einladen?

Es ist klar: Wenn man sich das Wort Vertrauen auf die Fahnen schreibt, muß man mit spitzen Kommentaren rechnen. Das war mir auch bewußt. Trotzdem dürfen wir keine Scheu haben, dieses Thema neu anzusprechen. Denn nach meinen Erfahrungen ist das Vertrauensverhältnis der Bürger zu ihrem europäischen Projekt gestört.

Wie sieht der Reparaturvorschlag also aus?

Die Zustimmung zu Europa ist nicht so, wie sie angesichts der Fakten sein könnte. Denn dieses Europa der 25 ist ein faszinierendes Projekt. Aber die Zustimmung dazu...

...sinkt...

...ist schlecht. Ob sie sinkt oder nicht, da müßte man sich genau die empirische Lage anschauen. Aber es stimmt, gefühlsmäßig sinkt die Zustimmung. Das ist ein ernster Vorgang. Denn es wird uns nicht guttun, das europäische Projekt bei sinkender Zustimmung gleichsam "blind" weiterzuverfolgen. Das Vertrauen zwischen den Institutionen, das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten ist in Gefahr. Deswegen bin ich ja so froh, daß es zu einer Einigung gekommen ist. Denn Budgetdebatten sind ihrer Natur nach immer spaltend, geradezu zersetzend. Zusätzliche Spaltungen wären aber das letzte, was wir in Europa brauchen können.

Zersetzend?

Zersetzend. Jeder von uns muß sich vor den demokratischen Institutionen im eigenen Land dafür rechtfertigen, warum er sich so oder so verhalten hat. Wir stehen alle unter einem enormen Druck, uns gegen die anderen durchgesetzt zu haben. Es kann aber andererseits dem europäischen Projekt nicht guttun, wenn die Erwartung aufgebaut wird, es müssen 25 Nettoempfänger nach Hause kommen; nur dann seien Budgetverhandlungen erfolgreich. Oder wenn die Kluft zwischen Alt und Neu, Reich und Arm tiefer wird. Wir brauchen ein Gefühl der Gemeinsamkeit – auch unter den Mitgliedstaaten.

Wie läßt sich der Prozeß des Akzeptanzverlustes aufhalten?

Es gibt keine Patentrezepte. Gezielte Information ist ein Punkt; allerdings machen wir auch die Erfahrung, daß viel Information zur Verfügung steht und nicht angenommen wird. Es gibt nicht nur eine Bringschuld, sondern auch so etwas wie eine Holschuld. Ein anderer Punkt ist die Qualität der politischen Entscheidungen

im Alltag. Sie müssen öffentlich wahrgenommen werden. Die Verhandlungsaufnahme mit der Türkei etwa hat hohe öffentliche Aufmerksamkeit gefunden.

Eine überwiegend negative

War aber wichtig. Es war wichtig, daß wir unser Vorgehen entsprechend öffentlich dargestellt und begründet haben. Wir müssen "Europa" wieder besser begründen und Selbstverständlichkeiten als gar nicht so selbstverständlich bewußtmachen. Es gibt eine sehr hohe Zustimmung zum Thema Frieden – Europa als Friedensprojekt. Nur – wie schaut das im 21. Jahrhundert ganz konkret aus? In meiner Generation ist dies das Zueinanderfinden von Ost und West und Südost. Es ist die Einbeziehung der Balkanpartner, Schritt für Schritt, Stufe für Stufe, in dieses europäische Projekt.

Das ist ja auch ein Anliegen Ihrer Präsidentschaft

Das ist tatsächlich und geradezu selbstverständlich ein Schwerpunkt der österreichischen Präsidentschaft. Bei der Einbeziehung der Balkanpartner in das europäische Projekt geht es um das "Einander – Wieder – Finden", um Nachbarschaft, um Sicherheit, um europäische Stabilität.

Wie kann der Integration wieder Schwung gegeben werden? Wir haben heute ein Niveau erreicht, von dem viele Leute glauben, daß man es dabei erst einmal belassen soll, während andere darin einen Rückbau sähen. Braucht die EU einen neuen Impuls, und können Sie ihn ihr geben?

Vielleicht ist die Zeit jetzt reif. 2005 war ein dürres Jahr für Europa, anders als 2004, das ein Erfolgjahr war. 2005 war ein sehr schwieriges Jahr: zwei negative Referenden in zwei Gründungsstaaten, ein gescheiterter Budgetversuch, eine britische Präsidentschaft, an deren Beginn Terroranschläge standen, sinkende Zustimmung der Bürger, schlechte Wirtschaftsdaten, niedriges Wachstum. Alles negativ definiert. Aus dieser Entwicklung müssen wir herauskommen. Ich hoffe, daß wir jetzt die Kraft dazu haben und daß die Trauerphase überwunden ist.

Man trauert, wenn man etwas verloren hat. Aber was? Was ist das Grundproblem der EU? Was nehmen die Leute von Finnland bis Portugal, oder jedenfalls die in den Gründungsmitgliedern, als Grundproblem wahr? Warum haben sie diese EU nicht mehr lieb?

Wenn die Diagnose nur aus einem Punkt bestünde, dann könnte man ja eine Einpunkttherapie entwickeln, aber so einfach ist es nicht. Wir sind alle mit dem Motivsuchgerät unterwegs, um herauszufinden, wo der Kern des Unbehagens liegt oder ob es mehrere Kerne gibt. Im Grunde waren die Referenden in Frankreich und in den Niederlanden gerade deswegen so verstörend, weil sie diese verschiedenen Motivlagen zumindest angetupft haben, ohne uns einen genauen Aufschluß zu geben. Ein Teil davon ist sicher Modernisierungs- und Globalisierungsangst, das Unbehagen an einer im rasenden Wandel befindlichen Welt. Vor fünfzehn, sechzehn Jahren hat es die baltischen Staaten nicht gegeben, es gab die Tschechoslowakei, und Slowenien war ein Teil von Jugoslawien. Es hat einen Eisernen Vorhang gegeben, und kein österreichischer Außenminister hat sich je überlegen können, wie er die Beziehungen zu Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina gestalten möchte. Die Welt war eine andere. Wir hatten kürzlich eine gemeinsame Sitzung der Regierungen von Ungarn und Österreich. Das war faszinierend, das ist das neue Europa – so viel Gestaltbarkeit.

Sie haben das Stichwort Verfassungsvertrag schon genannt: Ist der Vertrag noch zu retten? Oder muß man so tun, als sei er noch zu retten?

Kurzfristig ist die Zukunft des Verfassungsvertrages eines der heikelsten Themen für die österreichische Präsidentschaft. Im Auftrag vom Juni 2005 heißt es, wir sollen die nationalen Debatten zu diesem Thema bewerten und einen Vorschlag entwickeln, wie es weitergehen soll. Wir werden uns bemühen, eine gemeinsame Choreographie zu entwickeln. Ich werde mich jedenfalls auf den Weg machen, am 10. Jänner nach Paris und am 11. Jänner nach Den Haag.

Choreographie ist ein schönes Wort

Ja. Der Punkt ist, daß in zwei Ländern, in den Niederlanden und in Frankreich, gegenwärtig keine Bereitschaft zu spüren ist, sich das Thema noch einmal vorzunehmen. Wir können aber nur zu 25 eine Lösung erzielen und zu 25 zu einer zukunftsgerichteten Vorgehensweise finden. Wir müssen also mit allen Partnern erkunden, wie man zu einer gemeinsamen Choreographie kommen kann.

Haben Sie in den vergangenen Wochen das Gefühl gehabt, daß nicht alle 25 Partner den europäischen Geist atmen, haben Sie Zweifel bekommen, daß ihre Vorstellungen kompatibel sind, wohin die europäische Reise gehen soll? Ist es nicht vielleicht so, daß die einen hierhin, die anderen dahin wollen und wieder andere nicht wissen, was sie wollen?

In einer Familie mit 25 ist es klar, daß es unterschiedliche Vorstellungen gibt. Aber das Familiengefühl existiert schon. Die Vorstellung, daß man sich diesem Projekt entziehen, daß man aufstehen und davongehen könnte, die gibt es nicht. Die neue Stimmungslage reflektiert auch, daß das europäische Projekt selbstverständlich geworden ist. Nehmen Sie etwa den britischen Premierminister, er hat nach der Budgeteinigung im britischen Parlament seinen Kritikern entgegengerufen: "Großbritannien im 21. Jahrhundert aus Europa hinaus haben wollen, um Himmels willen! Es ist absurd, daß wir aus der größten politischen und wirtschaftlichen Union hinaus sollten."

Erwarten Sie eine Neuauflage der Kerneuropa-Debatte? Der belgische Ministerpräsident Verhofstadt will sie mit seinem neuen Buch wiederbeleben

Es würde mich nicht wundern, wenn es so kommt.

Wollen Sie sich daran aktiv beteiligen?

Ich persönlich sehe nicht, welche Lösungskraft solche Vorschläge in der gegenwärtigen Lage haben könnten. Das Bewußtsein, einem geeinten Europa der 25 anzugehören, ist kostbar. Bei allen Schwierigkeiten, die damit auch verbunden sind, wäre es leichtfertig, das in Frage zu stellen. Es wäre kein guter Wegweiser in die Zukunft: nicht für diejenigen, die sich unter großen Opfern den Weg in diese europäische Familie erarbeitet haben, aber auch nicht für jene, die schon länger diesem Friedens- und Wohlstandsprojekt angehören. Die gegenwärtigen Regelungen bieten genug Raum, um Modelle differenzierter Integration zu verwirklichen. Denken Sie nur an den Euro oder an Schengen. Diese Gestaltungsformen haben den Vorteil, daß sie für alle offen sind und Kriterien festlegen, die für alle gelten.

Sie wollen einen Schwerpunkt auf die Beziehungen zu den Ländern des Balkans legen. Wie eng und wie schnell sollen diese Länder an die EU herangeführt werden? Es gibt schließlich heute in einigen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, große Vorbehalte gegen ein rasches Tempo

Wir wollen die Länder auf zweierlei Weise unterstützen: einmal jedes für sich auf seinem selbstbestimmten Weg in die europäische Integration und dann regional. Wir wollen die Region als solche mit einer europäischen Perspektive ganz oben auf der Tagesordnung der EU halten. Trotz der Vorbehalte, um die ich weiß, werden diese Länder eines Tages Mitglieder der Union sein. Das dürfen wir nicht wieder in Frage stellen.

Es wird im Frühsommer ein Gipfeltreffen mit dem Präsidenten Bush geben – vor dem Hintergrund einer amerikakritischen Stimmung in Europa. Was wollen Sie tun, um die europäisch-amerikanischen Beziehungen wieder in ruhige und produktive Bahnen zu bringen?

Indem wir bewußtmachen, wo wir gemeinsam Verantwortung tragen in der Welt. Das Kosovo ist ein gutes Beispiel dafür, natürlich die Zusammenarbeit im Nahen Osten, wo wir Impulse für den Friedensprozeß geben. Das sind gemeinsame Anliegen.

Treiben Europa und Amerika auseinander, wie manche vermuten?

Amerika und Europa verbindet eine sehr tragfähige Wertebasis – mit unterschiedlichen Akzenten. So sind wir Europäer etwa der Auffassung, daß die Todesstrafe nicht mehr Teil unseres Wertekatalogs ist; eine Mehrheit der Amerikaner sieht das anders. Aus meiner Sicht sind wir gut beraten, uns immer die Gemeinsamkeiten vor Augen zu halten. Daß es Unterschiede und unterschiedliche Sichtweisen gibt, will ich dabei keineswegs verschweigen.